

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadspark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für
Veranstaltungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Das ausländische Zahlungsverwesen und seine Wirkungen

I.

In Oesterreich-Ungarn und in Deutschland haben die maßgebenden Geldinstanzen die Hand auf eine sehr wichtige Stelle im Zahlungsverwesen gelegt. Spekulant und feindselige Ausländer hatten zur Verschlechterung der Währungen beider Länder beigetragen, also das heimische Geld bis zu einem gewissen Grade entwertet. Besonders feindselige Ausländer hatten deutsches Geld zu billigen Preisen auf den neutralen Märkten ausbezogen und so auf den Kurs gedrückt. Dadurch sanken die österreich-ungarischen Kronen und die deutsche Reichsmark mehr im Werte, als es nach der Sachlage nötig gewesen wäre. Dem soll nun dadurch vorgebeugt werden, daß Ueberwachungs- und Kontrollstellen eingerichtet werden. Dem besseren Verständnis dieser Dinge sollen diese Seiten dienen.

Es sind da die Fragen zu beantworten, wie entstehen die Wechselkurse, welches ist ihr Wesen und ihre Bedeutung. Gleich von vornherein sei betont, daß an hohen oder niedrigen Wechselkursen nicht etwa nur die Börsen- und Handelsleute, sondern auch alle anderen Volksgenossen interessiert sind. Börsen- und Geldleute haben häufig ein besonderes Interesse an dem Steigen und Fallen der Wechselkurse (sie sind oft direkt daran interessiert); indirekt verspüren alle Staatsangehörigen das Steigen und Fallen des Wechselkurses.

Nur im Inland ist der Wert des Geldes unverändert: 1 Krone ist eben 1 Krone und 1 Mark ist 1 Mark. Im Warenaustausche mit dem Auslande und im Zahlungsverkehr mit ihm ist das Geld eine Ware, wie andere Waren auch. Es steigt und fällt im Preise nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Wenn z. B. Deutschland sehr viel Waren aus Amerika bezogen hat, so wird es starken Bedarf an amerikanischen Zahlungsmitteln haben, um seine Verbindlichkeiten drüben zu bezahlen. Wenn Amerika aber nur wenig von Deutschland bezogen hat und auch sonst nur wenig an Deutschland zu bezahlen hat (Rückzahlungen von Darlehen, Zinsen für ausgeliehene Kapitalien, Dividenden für Aktienpapiere und dergl.), so wird in Amerika nur eine geringe Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln sein. Geringe Nachfrage bei starkem Angebot bewirkt auch bei den Zahlungsmitteln einen Rückgang des Preises, also eine Entwertung des Zahlungsmittels des Landes, das ein großes Angebot von eigenen Geldmitteln, aber nur eine schwache Nachfrage dafür hat.

Man versteht dies besser, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Zahlungen von Land zu Land nur zu einem geringen Teil in Bargeld (Münzen) stattfinden. Es werden ja auch im Inlandsverkehr mit Vorteil Wechsel und Checks zur Zahlung verwendet und viele Forderungen werden einfach durch Umbuchungen beglichen; bei denselben Bank- oder Sparkasse oder im Verkehr der Banken und Sparkassen untereinander. In ähnlicher Weise geht es im internationalen Zahlungsverkehr zu. Wenn Müller aus Deutschland von Linkström aus Schweden Waren bezogen hat, so kann er auf verschiedene Art und Weise seine schwedische Schuld begleichen. Beispielsweise soviel schwedische Kronen, als er dazu nötig hat, kaufen und damit die Sache erledigen. Er kann auch Wechsel (ausgestellt auf schwedische Kronen) kaufen und damit seinen Gläubiger befriedigen. Vielleicht wird Müller auch auf sich einen Wechsel ausstellen lassen, den er dann am Fälligkeitstag in Mark einzulösen hätte. (Hier ist einzuschalten, daß Wechsel, die auf den Namen des Ausstellers lauten, im allgemeinen nicht marktfähig sind. Marktfähige Wechsel lauten in der Regel auf den Bezogenen.) Wechsel, die auf ausländisches Geld lauten, nennt man Devisen. Sie werden an der Börse gehandelt: Angekauft und verkauft und haben einen Kurs, den sogenannten Wechselkurs. Zu diesem Kurs kann man Wechsel im Inland kaufen, die auf das Ausland (also auf fremdes Geld) lauten.

Wie nun auch der deutsche Müller den Schweden Linkström befriedigt (ob in haren Kronen, ob in Wechseln), für die beiden Länder ist der Tatbestand geschaffen, daß Schweden eine Forderung an Deutschland hat und Deutschland diese Forderung decken muß. Ein Schwede aber hat von einem deutschen Kaufmann fast zu derselben Zeit Waren bezogen. Deutschland hat damit eine Forderung an Schweden. Der Schwede kann sich dadurch seiner Schuld entledigen, daß er in haren deutschen Reichsmark zahlt, er kann dem Deutschen einen Wechsel (auf schwedische Kronen lautend) unterschreiben oder die Forderung kaufen, die von Müller auf Linkström lautet, und damit seine Schuld abtragen. In diesem Falle wird der deutsche Kaufmann mit der Forderung bezahlt, die ein anderer deutscher Kaufmann geschaffen hat. Deshalb sagt man, daß der Exporteur Devisen schafft und der Importeur Devisen kauft. In den beiden erwähnten Fällen hat z. B. der deutsche Kaufmann, der einem Schweden Waren geliefert hat, eine Devise auf Schweden geschaffen, und der deutsche Importeur Müller hätte diese ankaufen und damit Linkström befriedigen können.

Forderungen sollen nach allgemeinem Brauch auf die Währung des Bezogenen lauten. Linkström hätte demnach einen Wechsel auf Mark (der Deutsche aber, der einen schwedischen Kaufmann Waren geliefert hat, einen Wechsel auf Kronen ausstellen müssen). In der Sprache der Geldleute spricht man kurz von Mark-, Kronen-, Dollar-, Sterling-, Frankwechsellw. Markwechsel auf Newyork, Sterlingwechsel auf Newyork, Kronenwechsel (österreich-ungarische) auf Berlin sind gestiegen, heißt soviel wie, es müssen jetzt mehr Mark, Pfund Sterling, Kronen (österreich-ungarische) als früher (sagen wir einmal für 100 Dollar) gegeben werden. Der Dollar ist in einem solchen Falle im Preise gestiegen. Denn man braucht jetzt weniger Dollar zu bezahlen, wenn man Mark, Pfund Sterling, Kronen usw. kaufen will.

Eine Ausnahme von der Regel, daß die Devisen in der Währung des Schuldners ausgestellt werden, macht England. Die Engländer namentlich lassen sich lieber mit Pfund-Sterling-Wechseln, die vom Auslande auf England gezogen sind, bezahlen, als daß sie selbst Wechsel auf das Ausland ziehen, die auf eine fremde Währung lauten. Daher werden umgekehrt auch solche fremden Wechsel weniger als Kimesen (Uebersetzung von Geld oder Wechseln) für das Ausland verwendet, sondern die englischen Schuldner lassen lieber auf sich ziehen. (Vergl.) Das ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß England Forderungen an das Ausland hat und das Ausland Forderungen an England.

Vor kurzem ist der Vorschlag gemacht worden, daß die deutschen Verkäufe ins Ausland in Mark abgeschlossen werden sollen. Dabei hofft man den Sterlingwechsel zu verdrängen. Der Reichsbankpräsident hat daraufhin die Verdrängung des Sterlingwechsels für wünschenswert erklärt, aber hinzugefügt, daß dies zurzeit nicht zweckmäßig sei, weil die Nachfrage nach der Mark auf dem ausländischen Markte regellos aufsteige und den Kurs nur vorübergehend verbessere. Es sei im Augenblick besser, der Reichsbank die Kontrolle über den Handel in ausländischen Valuten zu erleichtern. Durch die Einführung des Markwechsels für Verkäufe ins Ausland würde jetzt ein Ueberangebot an solchen Wechseln zustande kommen, und das würde auf den Kurs der Mark drücken. Aus diesem Grunde hat man die deutschen Exporteure ermahnt, ihre Forderungen in der Währung des Auslandes zu verlangen.

Ob nun die Forderungen in der Währung des Schuldnerlandes verlangt werden oder nicht, Guthaben bleiben Guthaben und Schulden bleiben Schulden. Im internationalen Verkehr wird der Wechselkurs durch die jeweilige Zahlungsbilanz der miteinander im Verkehr stehenden Länder bedingt. (Ob das eine Land im gesamten mehr oder weniger von dem andern zu fordern hat.) Man bezeichnet die Zahlungsbilanz als aktiv, wenn man mehr zu zahlen als zu fordern hat, und passiv, wenn man mehr zu zahlen als zu fordern hat. Während in der Handelsbilanz nur der gesamte Warenverkehr ausgedrückt

ist, stellt die Zahlungsbilanz sämtliche gegenseitige Geschäftsbeziehungen (auch den Schiffahrts-, Eisenbahnverkehr, die Einnahmen aus der Fremdenindustrie, aus Unternehmungen, die im Auslande angelegt sind, Zinsen für Wertpapiere, Erbschaften usw.) dar. Von der Höhe der gegenseitigen Zahlungsbilanz hängt demnach der jeweilige Wechselkurs ab. Eine Rolle dabei spielt natürlich auch, wann die Forderungen fällig sind, also ob an einem bestimmten Tage so- oder soviel Forderungen haben und drüben zu zahlen sind. So könnte demnach zu einer bestimmten Zeit der Wechselkurs selbst für ein Land günstig sein, das eine passive Zahlungsbilanz hat. Welches aber ist der Maßstab, an dem man das Steigen und Fallen des Wechselkurses erkennen kann?

Dieser Maßstab oder diese Grundlage ist die Münzparität (Münzgleichheit) der verschiedenen Länder: Wieviel Münzen ein Land aus 1 Kg. reinen Goldes prägt. Deutschland prägt aus einem Milligramm feinen Goldes 2700 M., Oesterreich-Ungarn 3280 Kronen, die Länder der lateinischen Münzunion (Frankreich, Belgien, Italien, Schweiz, Griechenland sind ihr durch Vertrag beigetreten, Spanien, Rumänien, Bulgarien, Serbien und die südamerikanischen Republiken prägen ihre Münzen auch nach demselben System, ohne dem Vertrag beigetreten zu sein) 8444,44 Francs, England 196,568 Pfund Sterling, Rußland 1291,60 Rubel. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika 664,22 Dollars, die Länder der spanisch-amerikanischen Münzunion 2480 Kronen, Holland 1658,44 Gulden.

Diese Zahlen muß man miteinander in Beziehung setzen, wenn man die Münzparität zweier Länder feststellen will. So sind z. B. 100 Kronen österr.-ung. Währung 85,061 Mark deutscher Reichswährung gleich oder umgekehrt: 100 deutsche Reichsmark sind 117,563 österr.-ung. Kronen gleich (100 Dollars gleich 493,519 österr.-ung. Kronen oder 419,792 Mark; 100 Pfund Sterling gleich 2401,742 österr.-ung. Kronen oder 2012,946 Mark). Nach der Münzparität müßten also für 100 Dollar 493,519 österr.-ung. Kronen oder 419,792 Mark gegeben werden. Wenn wir aber die Zeitungsberichte lesen, erfahren wir, daß die Kurse sehr häufig über oder unter der Münzparität stehen. Auf die Gründe dieser Ungleichheit wurde schon hingewiesen: Geld wird auf dem Weltmarkte wie Ware gehandelt, sein Preis steigt und fällt. Doch gibt es im Geldhandel bestimmte Grenzen, innerhalb eines gewissen Rahmens. Der Preis für ausländische Wechsel kann in einem Bande mit zuverlässiger Geldwährung nicht erheblich über den sogenannten Goldpunkt hinaussteigen oder darunter sinken. Man bezeichnet diese Grenzen mit dem oberen und unteren Goldpunkt.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe

Der Reichstatarifvertrag für das deutsche Malergewerbe vom Jahre 1913 endet am 15. Februar 1916. Die Vertragsteilnehmer, darunter unser Bruderverband, der Zentralverband christlicher Maler, erklärten auf Anfrage aus dem Reichsamt des Innern im Herbst 1915 ihre Bereitwilligkeit, eine tariflose Zeit zu vermeiden und in Verhandlungen über den neuen Vertrag einzutreten. — Der zu diesem Zweck ergangenen Einladung des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, Excellenz Dr. Delbrück, folgte am 25. Januar außer den bisherigen Vertragsteilnehmern, nämlich dem Hauptverband der Arbeitgeber im Malergewerbe und den drei Gesellenverbänden, auch der Bund deutscher Dekorationsmalermaler, welcher seit 1913 mit der Gesellenchaft in einem besonderen Vertragsverhältnis stand. Ferner hatte der im Jahre 1913 tarifmäßig geworbene Verband der rheinisch-westfälischen Malermaler seinen Vorsitzenden entsandt; ihr konnte zwar nicht die Teilnahme, aber doch das Zugegen sein bei den Beratungen zugesichert werden, weil er erklärte, sich für die nachträgliche Anerkennung des von seinem Verband bisher abgelehnten Reichstatarifvertrages

von 1913 und der jetzt zu treffenden Vereinbarungen bei seinen Deuten einsetzen zu wollen. Bis zum 1. März 1916 wird der Westdeutsche Malermeisterverband sich darüber im Reichsamt des Innern erklären. Es scheint bei den westdeutschen Malermeistern niemand mehr Freude an der ihnen 1913 von außen her aufgebrängten Scharfmacherrolle zu haben, und es kann gehofft werden, daß die dort von berufsfremden Deuten damals gründlich verfaßene Karte nun wieder in ein rechtes Geleise kommt. — Die Tarifverhandlungen leitete der Direktor im Reichsamt des Innern, Excellenz Dr. Caspar. Sie dauerten sieben Stunden und wurden von allen Beteiligten mit größter Sachlichkeit geführt. Die Wortführer der Arbeitgeber bestritten nicht die schlimme Lage, welche Arbeitsmangel und Teuerung für die Arbeiter des Malergewerbes schuf; aber sie bestritten, daß ihr Stand eine so erhebliche Lohnerhöhung tragen könne, wie die Gehilfen forderten. Dagegen erklärten sie sich bereit, den Wortlaut des Vertrages unverändert zu lassen und unter Gewährung einer Teuerungszulage von 3 1/2 bis 4 Pfennig für die Stunde den Vertrag zu verlängern. — Die Gehilfen hatten nur die Höhe der angebotenen Zulage zu bemängeln und forderten eine solche von 10 Pfennig. Die Einigung erfolgte auf folgender Grundlage:

Den Arbeitern des Malergewerbes wird eine Kriegsteuerungszulage ab 1. März 1916 gewährt; sie beträgt in Orten mit mehr als neunstündiger Arbeitszeit fünf Pfennig für die Stunde, in Orten mit neunstündiger Arbeitszeit sechs Pfennig. Diese Zulage wird in voller Höhe zu den bislang gewährten Löhnen gezahlt. Bei Neueinstellungen ist mindestens der Tariflohn zuzüglich dieser Zulage zu zahlen. Der Reichstatarifvertrag und der mit dem Bund der Dekorationsmaler abgeschlossene Vertrag werden bis 15. Februar 1917 verlängert; sollte jedoch bis zum Jahreschluß 1916 mit einer der europäischen Großmächte noch kein Friede geschlossen sein, gelten die Verträge und die jetzige Vereinbarung bis 15. Februar 1915. Bis zum 15. Februar d. J. haben die Beteiligten über Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses dem Reichsamt des Innern eine bindende Erklärung abzugeben. Für den Westdeutschen Malermeisterverband wurde diese Frist auf Wunsch bis zum 1. März d. J. verlängert.

Es liegt nun an den Mitgliedern der beteiligten Verbände, durch Zustimmung zu dieser Vereinbarung dem Malergewerbe geordnete und friedliche Zustände zu sichern. Die Malermeister haben dazu um so mehr Grund, als sie recht billig wegkommen. Denn die vereinbarte Teuerungszulage beträgt nur ungefähr 6 bis 7 Prozent der bisherigen Löhne, während die Lebenshaltung seit Kriegsbeginn sich um mindestens 60 Prozent verteuert hat.

Erhöhung der preussischen Einkommensteuer

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der eine Erhöhung der bisherigen Einkommensteuer für die Dauer des Krieges vorsieht. Zugleich wird auch die Ergänzungsteuer

(Vermögenssteuer) in ihren Sähen erhöht. Dieser Schritt wurde notwendig mit Rücksicht auf die durch den Krieg im preussischen Staatshaushalt entstandenen und noch entstehenden Fehlbeträge. Insofern kann man das Einbringen dieses Gesetzentwurfes als einen Beweis kluger und vorsorglicher Finanzpolitik betrachten. Nach dem Krieg wird es ja ohnedies harte Nüsse auf finanzpolitischem Gebiete zu knaden geben. Darum ist es von höchster Wichtigkeit, daß die im Staatshaushalt sich ergebenden Fehlbeträge möglichst durch ordentliche Einnahmen abgeburdet werden. Von einer einschneidenden Umgestaltung der Einkommensteuer konnte naturgemäß mitten im Kriege nicht die Rede sein. Eine solche erfordert erhebliche Arbeit und Zeit, und dazu fehlen die Kräfte. Die preussische Regierung griff deshalb zu dem Mittel der Zuschläge zu den bestehenden Steuerfügen.

Schon seit 1909 bestehen bekanntlich solche Zuschläge, welche bisher bei dem Höchsteinkommen von mehr als 100 000 M. 25% des normalen Steuerfußes betragen. Nach der eingegangenen Vorlage werden diese Zuschläge erhöht werden. Jedoch nicht für alle. Da während des Krieges die Lebenskosten stark gestiegen sind, sollen alle Einkommen bis 2400 M. von der Erhöhung der staatlichen Einkommensteuer freibleiben. Das ist eine wichtige einschneidende Bestimmung, denn dadurch wird der weitaus größte Teil der Steuerzahler von dieser preussischen Kriegsteuer nicht getroffen. Nach der Einkommensteuerveranlagung von 1913 zählt die Summe der Jenigen, die in den Einkommensstufen von 900 bis 2400 M. veranlagt waren, rund 6 200 000. Die Zahl der Personen, welche den Steuerstufen von 2400 bis 3000 M. angehören, belief sich auf 291 545. Mit mehr als 3000 M. Einkommen waren veranlagt 829 000 Personen. Läßt man die inzwischen eingetretene geringe Steigerung der Zahl der Steuerpflichtigen unberücksichtigt, so wird die neue Steuerbelastung, welche der preussischen Bevölkerung auferlegt werden soll, von rund 1 120 000 Pflichten betragen. Das sind 7% aller steuerpflichtigen Personen einschließlich der von Staatssteuer Befreiten und rund 18% aller jenen, welche überhaupt Staatssteuer zahlen.

Die vorgesehene Fassung kommt, wenn sie so, wie sie ist, angenommen wird, den Verhältnissen stark entgegen. Vorausgesetzt, daß nicht durch andere und neue indirekte Steuern die ärmere Bevölkerung getroffen wird. Die Bedeutung der Freilassung aller Einkommen bis zu 2400 M. kann man erst voll würdigen, wenn man sich erinnert, daß die preussische Einkommensteuer nicht das Familieneinkommen, sondern das Einkommen des einzelnen erfaßt. Nur das Einkommen der Ehefrau muß mit dem des Mannes angegeben werden. Das Einkommen sonstiger Familienangehöriger wird für sich veranlagt. So kommt es, daß auf jeden Jenigen durchschnittlich nur zwei Angehörige entfallen, während nach der Bevölkerungsstatistik auf jede Familie rund 4 1/2 Köpfe treffen. Wenn also beispielsweise ein Haushaltungsvorstand ein Einkommen von 2400 M. hat und zwei erwachsene Kinder desselben je ein solches von 1000 M., so bleibt diese Familie doch von der Kriegsteuer frei, obwohl das Gesamteinkommen der Familie sich auf 4400 M. beläuft. Durch die Freilassung sämtlicher Einkommen bis 2400 M. vom Kriegszuschlag kommt der Gesetzentwurf nicht bloß dem gesamten Arbeiterstande,

sondern auch dem landwirtschaftlichen und gewerblichen Mittelstand entgegen. Man kann daher sagen, daß nicht nur die gesamte Arbeiterklasse, sondern auch der überwiegende Teil des Mittelstandes von dem Kriegszuschlag zu der preussischen Einkommensteuer frei bleibt.

Nach bei den Steuerstufen von 2400 bis 5000 M. ist der Kriegszuschlag noch gering, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt. Die von den physischen Personen zu entrichtenden Steuerfüge dieser Einkommensteuer weisen folgende Steigerung auf:

Einkommenstufe	Bisheriger Steuerbetrag	Künftiger Steuerbetrag
2400—2700 M.	46,20 M.	47,60 M.
2700—3000 "	54,60 "	56, — "
3000—3300 "	66, — "	67,20 "
3300—3600 "	77, — "	78,40 "
3600—3900 "	88, — "	89,60 "
3900—4200 "	101,20 "	106,60 "
4200—4500 "	114,40 "	120,60 "
4500—5000 "	129,80 "	136,80 "

Es beträgt mithin die Steigerung in diesen Einkommengruppen nur 1,20 bis 7 M. Da etwa die Hälfte der Steuerzahler diesen Klassen angehört, so ist die eigentliche Last der Zuschläge auf die übrig bleibenden 600 000 Steuerpflichtigen der höheren Einkommen gelegt. Mit zunehmendem Einkommen wächst der Steuerzuschlag ganz erheblich. Bei einem Einkommen von 10 000 M. beträgt die Mehrbelastung 75 M., bei einem solchen von 50 000 M. 880 M., in der Einkommensstufe von 100 000 bis 105 000 M. endlich 100%, oder 3000 M. Wer über 100 000 M. Einkommen hat, muß davon während der Dauer des Krieges an den Staat 8% bezahlen. Wenn man auch ohne Uebertreibung behaupten darf, daß diese Kriegsteuer eine wirkliche Vermögenssteuer ist, so ist andererseits dabei im Auge zu behalten, daß die davon Erfassten trotzdem nicht die Not des Krieges in dem Umfange zu spüren bekommen wie die minderbemittelte Bevölkerung. Zu wünschen bleibt daher, daß auch bei den übrigen Steuern nach ähnlichen Grundsätzen verfahren wird. Daß die Arbeiterklasse gänzlich von neuen Steuern verschont bleibt, darüber machen wir uns keine Illusionen, aber der Grundsatz der Leistungsfähigkeit muß jedenfalls im vollsten Sinne des Wortes zur Geltung kommen.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Heinrich Westphal**, Mitglied der Verwaltungsstelle Paderborn; **Peter Gröbchen**, Vorsitzender der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen; **Anton Dellbeck**, Mitglied der Zahlstelle Hörde; **Konrad Schäfer**, Mitglied der Zahlstelle Lüdenfeld. Unsern Glückwunsch.

Erhöhung der Rohzuckerpreise. Durch Bundesratsverordnung ist der Preis für Rohzucker von 12 auf 15 $\frac{1}{2}$ erhöht worden. Die Erhöhung soll die Möglichkeit höherer Rübenpreise an die Rübenbauer bieten, um damit dieselben zum Anbau möglichst großer Mengen anzuregen. Die Zuckerfabriken müssen 45 Pf. pro Zentner Rüben mehr zahlen als im Vorjahr. Ob durch diese Erhöhung später, und zwar ab 1. Oktober d. J., eine Erhöhung der Zuckerpreise notwendig wird, ist noch nicht

Wie England in den Besitz Ägyptens gelangte

Die Besitzergreifung Ägyptens durch England datiert erst aus der jüngsten Zeit. Zuerst hatten die Franzosen ihren Einfluß in Ägypten geltend zu machen gesucht. Schon Napoleon I. hatte die Bedeutung Ägyptens erkannt. Er zog im Jahre 1798 nach Ägypten und eroberte das Land. Er hätte es vielleicht halten können, wenn er dauernde Verbindung mit der Heimat gehabt hätte. Damit war es aber rasch vorbei, indem die französische Flotte vor der Küstung bei Abukir von der englischen unter Admiral Nelson vernichtet wurde. Im Jahre 1869 wurde der Suezkanal eröffnet, welcher eine Verbindung des Mitteländischen Meeres mit dem Indischen Ozean herstellte. Der Suezkanal, den die Franzosen bauten, sollte den Seeweg von Europa nach Asien kürzen. Bisher hatte man immer den Zeitraubenden und kostspieligen Umweg um ganz Afrika herum über das Kap der Guten Hoffnung machen müssen. Die Engländer überließen das Risiko des Kanalbaues gern den Franzosen und warteten erst ab, wie sich der Kanal rentieren würde. Je mehr die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Suezkanals offensichtlich wurde, desto mehr intensivierte die Engländer auf seinen Besitz, und es gelang ihnen bald, sich durch geschickte Finanzoperationen in den Besitz fast sämtlicher Kanalaktien zu setzen. Für England hatte der Suezkanal eine besondere Bedeutung als wichtiger Seeweg nach Indien. Frankreich, dessen Kapital und Ingenieurwissenschaften das große Werk geschaffen hatten, sah sich aus die Fehle seiner Kapitalisten betrogen. Doch trotz seiner Unmacht nach dem Kriege von 1870/71 konnte es nicht lassen, England an der Besitzergreifung des Suezkanals und Ägyptens ernstlich zu hindern.

England fürchtete nun darauf, das alte Pariser- und Köln-Vertrag zu bekommen. Ägypten sollte nicht nur einig und damit die jährliche

französische Nebenbuhlerschaft für immer beseitigt werden. Ein Vorwand, Ägypten zu besetzen, war bald gefunden. Die europäerfeindliche Haltung des ägyptischen Ministers Arabi Pascha, der allen fremden Einfluß ausschaltete und „Ägypten für die Ägypter“ verlangte, kam den Engländern sehr gelegen. Am 11. Juni 1882 entstand in Alexandria ein Pöbelkrawall, der einer Reihe von Europäern das Leben kostete. Sofort mischte sich England als „Beschützer der Zivilisation“ ein, es besetzte Alexandria, und kurz darauf wurde „zur Aufrechterhaltung der Ruhe“ ganz Ägypten „vorübergehend“ in englische Verwaltung genommen.

Jedoch hatte Frankreich seine Hoffnung auf Ägypten noch nicht aufgegeben. Ebenso wie am Suezkanal hatte Frankreich auch in Ägypten große Summen hineingesteckt, um dieses Land zu einer Rohstoffkammer für Frankreichs Industrie zu machen. Nebenher liefen auch Bestrebungen zwecks Erhöhung des politischen Einflusses auf das Land, da bekanntlich Handel und Politik in enger Beziehung zueinander stehen. Da aber Englands Handel und Industrie sich ebenfalls mehr und mehr nach den brachliegenden ägyptischen Schätzen sehnte, wurde das Verhältnis zwischen Frankreich und England immer gespannter, bis schließlich englische Truppen den französischen Oberst Marchand, der mit seinen Soldaten aus den französischen Kolonien Mittelafrikas nach Ägypten vorgedrungen war, aus Fachoda (am oberen Nil) hinauswarfen (1898). Damit war der Draht zwischen Paris und London zerrissen, und der Krieg zwischen den beiden Staaten lag in der Luft. Aber da die Franzosen sich nicht hart genug fühlten, gaben sie ihnen bei und machten lediglich eine Fahrt in der Tasche. Heute noch spricht man in Erinnerung an jene Zeit von der „Schlacht von Fachoda“. Erst in neuester Zeit wurde Frankreich für seinen Verzicht auf Ägypten entschädigt, indem England den Franzosen vor einigen Jahren Karthago an der Nordküste Afrikas zurückgab. Karthago nennt Ägypten den Schlüssel im Geleise des englischen Weltreiches, während bei Ägypten

als „das Gentel des britischen Reiches“ bezeichnet. Früher stand Ägypten unter türkischer Oberherrschaft. Der Khedive von Ägypten mit dem Sitze in der ägyptischen Hauptstadt Kairo regierte das Land im Auftrage der Türkei. Ägypten zählt etwa 11 Millionen Einwohner, von denen mehr als 9/10 Millionen zu den Fellachen, d. h. „Pflüger“ oder Ackerbauern, gehören. Ägypten ist seiner Kultur nach ein Getreideland. Tausende von Jahren war es die Kornkammer der Mittelmeerländer. Noch vor 15 Jahren war die Lebensmittelausfuhr Ägyptens bei weitem größer als die Einfuhr.

Das hat sich aber seit der englischen Herrschaft geändert. Der Getreidebau ist immer mehr zurückgegangen, und heute muß Ägypten bereits Lebensmittel aus Rußland und Kleinasien einführen. England hat nämlich die Ägypter gezwungen, statt des Getreides Baumwolle anzubauen. Die Engländer wollten unabhängig werden von der fremden Baumwollzufuhr und sich die Baumwolle in den eigenen Herrschaftsgebieten ziehen. Heute noch wird mehr als ein Sechstel aller Baumwolle in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gewonnen. Ebenso wie in Indien hat England auch in Ägypten die Baumwollkultur vorgeführt. Während in Indien der Erfolg nur ein teilweiser war, ist die Baumwolle in Ägypten zum weitaus wichtigsten aller Bodenprodukte des Nillandes geworden. Mehr als ein Fünftel der ganzen ägyptischen Warenausfuhr besteht aus Baumwolle. Diese Änderung liegt aber keineswegs im Interesse der Ägypter, denn die Kultur der Baumwolle bedeutet für sie ein viel größeres Risiko, als die Produktion von Lebensmitteln. Vor allem besteht für die Ägypter in der Folgezeit nicht mehr die Möglichkeit der Selbsternährung. Damit haben sie ihre Unabhängigkeit ganz verloren und sind bedingungslos an England angeheftet, wenn sie nicht mittlerweile ihre Freiheit wieder gewinnen.

cher, aber wahrscheinlich. Bis dahin aber liegt nicht...

Die Frage der Erweiterung des Zuckerrübenbaues...

Zur Aufhebung der preussischen Wahlrechtsreform...

„Dies für ein Arbeiterblatt wirklich erstaunliche Urteil...

Statistische Zahlen über den Lebensmittelverbrauch...

Der Verbrauch von Zucker, der im Jahre 1904/05...

Table with 5 columns: Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln. Rows for 1913/14 and 1901/05.

Arbeitskämpfe im Deutschen Reich im ersten Kriegsjahre...

Die 10 374 Streikenden und Ausgesperrten im ersten...

Die 10 374 Streikenden und Ausgesperrten im ersten...

Gegen die Kurpfuscher. Auf keinem Gebiet des...

Eine städtische Marmeladefabrik in Düsseldorf...

Amerikanische Munitionsfabriken. Unter dem Titel...

hier arbeitenden Maschinen so groß, daß 6000 Mann...

hier arbeitenden Maschinen so groß, daß 6000 Mann...

Kaiserliche Gnabenerlasse

Das „Armee-Verordnungsblatt“ veröffentlichte am...

Ein weiterer Allerhöchster Erlass, erweitert die...

Nach in diesen Fällen erfolgt die Niedererschlagung...

Ein dritter Allerhöchster Erlass betrifft die Lösung...

Einigung der Staatsarbeiterverbände

Die beiden größten Staatsarbeiterverbände waren...

